

## Ein neues soziales Sicherungsversprechen

Wir stecken mitten in einem fundamentalen Umbruch unserer Wirtschaft, technologisch, ökologisch und global. Das betrifft vor allem Millionen Beschäftigte in der Industrie. Wandel ist Chance aber auch Gefahr, die gesellschaftlichen Risiken eines solchen Wandels sind enorm, es gibt viele negative Erfahrungen mit Strukturwandel in der Vergangenheit. Für die IG Metall steht fest: Nur mit einem modernen und ausgebauten Sozialstaat ist soziale Sicherheit und damit auch gesellschaftliche und demokratische Stabilität im Wandel möglich!

Auch wenn der Sozialstaat in der Corona-Krise gezeigt hat, dass er handlungsfähig ist, gilt: In ihrer heutigen Form sichern die Sozialversicherungen die Menschen nicht mehr ausreichend vor individuellen Lebensrisiken, gleichen ihre wirtschaftlichen Folgen nicht mehr angemessen aus. Deshalb muss das soziale Sicherungssystem an die veränderten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft angepasst werden. Die IG Metall fordert ein Reformprogramm zur solidarischen Erneuerung des sozialen Sicherungsversprechens.

Insbesondere der Übergang in den Ruhestand bereitet vielen Menschen Sorgen. Sie fürchten einen substantiellen Verlust ihres Lebensstandards, unzureichende Absicherung im Alter – und Altersarmut.

Die IG Metall fordert daher:

### **Auskömmliche Renten und gesicherte Übergänge in den Ruhestand schaffen**

- Lebensstandardsichernde Renten: Rentenniveau stabilisieren und auf etwa 53 Prozent anheben
- gesicherte Altersübergänge
  - bessere Rahmenbedingungen für Altersteilzeit
  - dauerhafter Rentenzugang mit 63 Jahren nach mindestens 45 Beitragsjahren
  - Nein zur Rente mit 67!
- erweiterte Grundrente/Rente nach Mindestentgeltpunkten
- Erwerbsminderungsschutz verbessern
  - Reform Zugangskriterien und Abschaffung Abschläge
  - Ausweitung Angebote der GRV im Bereich Prävention und Reha
- Gute Renten – solidarisch finanziert:
  - Eine Anhebung des Rentenniveaus rechtfertigt die moderate Erhöhung des paritätischen Beitragssatzes auch über 22 Prozent
  - höherer Steuerzuschuss und systemgerechte Finanzierung sogenannter versicherungsfremder Leistungen
  - Einbeziehung aller Berufsgruppen in eine solidarische Erwerbstätigenversicherung
  - Keine Doppelbesteuerung
- Verbesserungen bei der ergänzenden betrieblichen Altersvorsorge (bAV)

Wie wichtig ein gut funktionierendes Gesundheitssystem und die Absicherung bei Krankheit für Menschen ist, hat die Corona-Pandemie deutlich vor Augen geführt. Im Vergleich zu vielen anderen Ländern wurden die Stärken des deutschen Gesundheitssystems deutlich – gleichzeitig aber auch die Schwächen.

Die IG Metall fordert:

**Gute Leistungen in Gesundheit und Pflege:**

- Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege, die alle Bürger\*innen einbezieht
- Erhöhung des Steuerzuschusses in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)
- Erweiterung der Leistungskataloge und Abschaffung der Zuzahlungen
- Langfristige Verbesserung der Regelung zu Kinderkrankentagen über die Pandemie hinaus: Anspruch bis 14 Jahre und 15 Arbeitstage pro Kind
- Stärkung der sozialen Selbstverwaltung
- die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer Pflegebürgervollversicherung, die alle pflegerischen Kosten abdeckt und die Pflegebedürftigen spürbar entlastet
- Einführung eines Pflegegeldes analog zum Elterngeld für pflegende Angehörige
- Mehr Personal in der Pflege und bessere Bezahlung

Zur Abmilderung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise werden die Institutionen und Ressourcen des Sozialstaats intensiv genutzt, Leistungen teilweise ausgebaut, Zugänge deutlich erleichtert. Fragen nach Finanzierung und Leistungen der Sozialversicherung stehen damit auf der Tagesordnung künftiger sozial- und verteilungspolitischer Auseinandersetzungen. Sollen am Ende der Debatten um die Zukunft der Sozialversicherung nicht Leistungskürzungen stehen, muss die Finanzierung einerseits solidarisch und nachhaltig durch die Einführung einer Erwerbstätigen- und Bürgerversicherung erfolgen und andererseits sind verlässlichere, höhere Steuerzuschüsse um gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen, unerlässlich.

**Verteilungsgerechtigkeit in den Sozialversicherungen:**

- Nein zum Deckel! Keine (juristische oder de-facto) Festschreibung der 40 Prozent Sozialbeitragssatzgrenze, wie sie von Arbeitgebervertretern gefordert wird
- paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Beschäftigte!
- Alle rein ins Solidarsystem: Bürger- und Erwerbstätigenversicherung!
- gute Leistungen und gute Versorgung in den Mittelpunkt, nicht möglichst niedrige Beiträge und Steuern
- höhere Steuerzuschüsse zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben!